

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 7

Abgeschlossen am 29. Juli 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Österreichs Wirtschaft auf dem Wege zu einem neuen wirtschaftlichen Gleichgewicht

Ausgleich zwischen inflationistischen und deflationistischen Strömungen — Wechselseitige Anpassung der Produktions- und der Nachfragestruktur

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Landwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Zur Lösung des Agrarpreisproblems

Die Agrarpreisfrage als Teil der allgemeinen Preis- und Lohnproblematik

Die Preis-, Kosten- und Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft vor der Agrarpreisregelung

Die Unterbewertung der bisherigen offiziellen Agrarpreise — Erlösausgleich mit Hilfe des Schwarzen Marktes

Vorläufige Lösung des Agrarpreisproblems mit Hilfe von Subventionen

Auswirkungen der neuen Agrarpreisregelung auf die Landwirtschaft — Auswirkungen der neuen Agrarpreisregelung auf die Lebenshaltungskosten — Die gesamtwirtschaftliche Problematik der Subventionspolitik

Die Möglichkeit einer endgültigen Lösung des Agrarproblems

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Österreichs Wirtschaft auf dem Wege zu einem neuen wirtschaftlichen Gleichgewicht

Die österreichische Wirtschaft entwickelt sich weiterhin günstig. Die ständige Ausweitung der industriellen Produktion und des Außenhandels, die leichte Belebung der Umsätze sowie die relativ gute Ernte deuten darauf hin, daß sich das Wirtschaftsvolumen zunehmend erweitert und die österreichische Wirtschaft auf gutem Wege ist, den katastrophalen Rückschlag, den sie durch den Krieg und die Nachkriegsereignisse erlitten hat, allmählich wieder aufzuholen. Im Rahmen dieses dynamischen Entwicklungsprozesses stehen vor allem zwei Probleme in den Vordergrund:

Erstens die Erhaltung des monetären Gleichgewichtes durch Abstimmung der gesamten wirksamen Nachfrage mit dem verfügbaren Güterstrom; zweitens die wechselseitige Anpassung der Produktion und der Nachfrage an die sich laufend verändernden Bedingungen auf den einzelnen Warenmärkten in Hinblick auf ein neues produktionswirtschaftliches Gleichgewicht.

Ausgleich zwischen inflationistischen und deflationistischen Strömungen

Der *Preisdruck* auf den Warenmärkten hat um die Jahresmitte sichtlich nachgelassen. Vor allem bei den offiziellen Preisen für gewerbliche Erzeugnisse ist — abgesehen von einigen Waren, die der geänderten Nachfragestruktur nicht mehr entsprechen und nur zu Verlustpreisen abgesetzt werden können — eine zunehmende Stabilisierung zu beobachten. Auch die freien und „schwarzen“ Preise vieler Waren dürften, zumindest vorläufig, ihren Tiefpunkt erreicht oder sogar bereits wieder überschritten haben. Von Mitte Juni bis Mitte Juli sind nur mehr die „schwarzen“ Preise für Genußmittel gefallen, während die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise unverändert geblieben sind und die „schwarzen“ Devisenkurse sowie erstmalig die Versteigerungspreise bereits eine leicht steigende Tendenz aufweisen. Mit zunehmender Produktion und steigendem Warenangebot werden zwar, vorausgesetzt daß

das Lohnniveau unverändert bleibt, zwangsläufig Tendenzen zu weiteren, wenn auch bescheidenen Preissenkungen wirksam bleiben. Diese mit steigender Produktivität zu erwartenden Preissenkungen stehen dann jedoch nicht mehr in unmittelbarem Zusammenhang mit der durch die Geldknappheit und die Zurückhaltung der Käufer ausgelösten kumulativen Preisdynamik und unterscheiden sich in ihren gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen wesentlich von dem durch die Geldknappheit erzwungenen Preisanpassungsprozeß.

Gleichzeitig mit dem Nachlassen des Preisdruckes scheint sich auf dem Gebiet der *Umsätze* eine allmähliche Tendenzumkehr anzubahnen. Obwohl die Käufer weiterhin wählerisch sind und gute Qualitäten bevorzugen, deuten doch viele Einzelbeobachtungen darauf hin, daß vor allem die höheren Einkommensschichten, die bisher aus spekulativen Gründen den Ankauf von Waren zurückhielten, wieder eine stärkere Kauflust entfalten¹⁾. Diese verstärkte Kaufneigung dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß viele Konsumenten nicht mehr mit einem weiteren Preisrückgang rechnen und nunmehr den Zeitpunkt für gekommen erachten, bisher unterlassene Anschaffungen nachzuholen. Außerdem mag der Umstand eine Rolle spielen, daß viele Haushalte, die in der ersten Zeit nach dem Währungsschutzgesetz gespart hatten, weil sie ihre reduzierten Kassabestände wieder auf jenen Mindestbetrag erhöhen wollten, den sie im Hinblick auf ungewisse zukünftige Ergebnisse unbedingt in liquider Form zu halten wünschen, automatisch ihren Konsum wieder vergrößerten, als sie dieses Ziel erreicht hatten.

Die Umsatzbelebung wirkt sich jedoch nicht auf alle Branchen gleichmäßig aus. Einzelne Zweige, wie das Kunstgewerbe, der Möbelhandel, der Buchhandel und die Vergnügungsstätten, dürften zum Teil infolge der hohen Preise und zum Teil infolge der Verschiebung der Nachfragestruktur auch bei einer bedeutenden Belebung der allgemeinen Umsatzentwicklung weiter unter einem stagnierenden Geschäftsgang leiden.

Im allgemeinen besteht jedoch der Eindruck, daß die Wirksamkeit des durch die Geldknappheit ausgelösten und durch psychologische Faktoren verstärkten Anpassungsprozesses bereits weitgehend erschöpft ist und die unmittelbaren kurzfristigen Reaktionen auf das Währungsschutzgesetz immer

¹⁾ Dies gilt jedoch nur für die höheren Einkommensschichten. Die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen haben auch bisher kaum aus spekulativen Gründen ihre Ausgaben reduziert, sondern nur die Richtung ihrer Nachfrage geändert.

mehr an Bedeutung verlieren. Die Gefahr einer allgemeinen Deflation, die noch vor einigen Monaten im Bereich des Möglichen lag, ist damit endgültig überwunden. Einzelne Teildepressionen, die auf bestimmten Spezialmärkten auftreten, können angesichts der zunehmenden Stabilisierung kaum mehr die gesamte Entwicklungstendenz entscheidend beeinflussen. Dafür spricht nicht nur das Nachlassen des Preisdruckes und die allmähliche Belebung der Umsatztätigkeit, sondern auch der konstant hohe Beschäftigtenstand sowie die zunehmende Besserung der Liquiditätsverhältnisse der Wirtschaft als Folge der laufenden Ausweitung des Geldvolumens.

Mit dem Nachlassen der depressiven Einflüsse rückt die Gefahr einer neuen inflationistischen Entwicklung wieder stärker in den Vordergrund. Berücksichtigt man, daß sich die wirksame Nachfrage außer durch die bereits in den letzten Berichten erwähnten Faktoren¹⁾ in absehbarer Zeit auch noch durch die weitere konsumtive Beanspruchung des Hilfsfonds für Lebensmittelsubventionen sowie durch die zusätzlichen Kreditansprüche im Rahmen des Marshall-Planes erhöhen wird, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß das Ausklingen der sinkenden Preistendenzen bereits das erste Anzeichen für den Beginn einer neuen inflationistischen Entwicklung ist. Ob eine derartige Entwicklung in nennenswertem Umfang tatsächlich eintreten wird, läßt sich kaum eindeutig voraussagen, da vor allem die steigende Produktion wirksame Gegenkräfte auslöst. Die Möglichkeit neuer inflationistischer Auftriebendenzen muß jedoch im Auge behalten werden, um gegebenenfalls ein neues Auseinanderklaffen zwischen den Geldeinkommen und der verfügbaren Gütermenge zu den geltenden Preisen rasch beseitigen zu können. Daß die verantwortlichen Stellen diese Gefahr erkennen und bestrebt sind, das *monetäre Gleichgewicht* aufrechtzuerhalten, geht schon daraus hervor, daß man sich zu der zweifellos unpopulären Maßnahme entschlossen hat, die Besatzungskosten nicht mehr wie bisher durch zusätzliche Kredite, sondern durch eine Sondersteuer zu finanzieren.

Wechselseitige Anpassung der Produktions- und der Nachfragestruktur

Neben währungspolitischen Fragen treten vor allem im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan *produktionspolitische* Probleme wieder stärker in den Vordergrund. Die konkreten Probleme, vor denen heute die österreichische Produktion steht, sind zum Teil wesentlich andere als in der Periode der in-

¹⁾ Siehe: Nr. 6 der Monatsberichte des OIFW, XXI. Jg. (Juni 1948), S. 204 und 224.

flationistischen Entwicklung vor der Währungsreform. Damals schien die Aufgabe der Produktionssteigerung ein technisches Problem, dessen Lösung allein davon abhängt, ob genügend Arbeitskräfte, Energie, Rohstoffe und Maschinen verfügbar waren. Auf Richtung und Zusammensetzung der Nachfrage brauchte keine Rücksicht genommen werden, da der Geldüberhang den Absatz jeder produzierten Ware garantierte. Mit dem Währungsschutzgesetz und dem Wiederaufleben des Marktmechanismus hat sich die Situation insofern grundlegend geändert, als nicht mehr oder zumindest nicht mehr ausschließlich die Möglichkeit, über bestimmte Produktionsmittel zu verfügen, sondern vielmehr die kaufkräftige Nachfrage Art und Ausmaß der Produktion bestimmt. Die Produktion kann nicht mehr im Hinblick auf eine geplante Konstitution der österreichischen Wirtschaft sowie in Erwartung einer normalen Nachfragestruktur, die sich voraussichtlich nach Abschluß der Wiederaufbauperiode ergeben wird, ausgedehnt werden, sondern muß sich in enger Anlehnung an die auf kurze Sicht gegebene und zu erwartende Richtung der kaufkräftigen Nachfrage im Inland sowie die schwankenden Absatzchancen im Export entwickeln.

Größe und Richtung der Nachfrage sind nun gerade in der gegenwärtigen Übergangswirtschaft keineswegs starr, sondern dauernden, oft kurzfristigen Schwankungen und Richtungsänderungen unterworfen, denen sich die Produktion, soweit es die relative Unbeweglichkeit der Produktionsfaktoren zuläßt, anpassen muß. Unter den vielfältigen Einflüssen, denen die Nachfrage unterworfen ist, sind vor allem die allmähliche Befriedigung der aufgestauten Nachfrage, die Verschiebung der Nachfragestruktur mit steigendem Realeinkommen, die Reaktion der Nachfrage auf relative Preisverschiebungen sowie Änderungen in der Verteilung des Realeinkommens von entscheidender Bedeutung.

Mit einer allgemeinen Befriedigung der *aufgestauten Nachfrage* ist in Österreich wohl noch auf längere Zeit nicht zu rechnen. Vor allem bei dauerhaften Investitions- und Gebrauchsgütern wird es noch Jahre dauern, bis die Bedarfsrückstände gedeckt und die Zerstörungen aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit aufgeholt sind. Bei *selbständigen* Waren ist jedoch bereits heute eine gewisse *Sättigung* des aufgestauten Bedarfes eingetreten, und die auf eine erhöhte Nachfrage ausgerichtete Produktion wird sich auf die Deckung des laufenden Bedarfes einschränken müssen. Einige der Absatzstockungen, die zur Zeit bei wichtigen Produktionsmitteln beobachtet werden können, sowie der

starke Rückgang der Auftragsbestände sind wahrscheinlich zum Teil auf diese Ursache zurückzuführen. Angesichts der relativ hohen ungedeckten Nachfrage nach anderen wichtigen Gütern ist es jedoch — wie die bisherige Entwicklung bestätigt — nicht allzu schwierig gewesen, diese Produktionsrückschläge vielfach innerhalb desselben Betriebes durch eine erhöhte Produktion anderer Waren wieder auszugleichen bzw. in den Export auszuweichen.

Die mit *steigendem Realeinkommen* zu erwartende *Veränderung der Nachfrage* wird vor allem bei der geplanten Produktionsausweitung in den Konsumgüterindustrien zu berücksichtigen sein, da sonst die Gefahr besteht, daß die Produktion einzelner Waren und Warengruppen bereits zu einem Zeitpunkt stark ausgedehnt wird, in dem das Realeinkommen noch nicht so weit gestiegen ist, daß die Konsumenten diese Waren auch tatsächlich stärker nachfragen. Vor allem muß damit gerechnet werden, daß eine Erhöhung des Realeinkommens der städtischen Konsumenten zunächst in erster Linie zu einer verstärkten Nachfrage nach Nahrungsmitteln führen wird. Der Versuch, die Produktion sämtlicher Konsumgüterindustrien gleichmäßig innerhalb kurzer Zeit auf das Vorkriegsniveau zu heben, würde daher zwangsläufig zu schweren Absatzstockungen führen. Erst wenn über die Deckung des dringendsten Nahrungsmittelbedarfes hinaus noch freie Einkommensteile übrig bleiben, was etwa dann der Fall sein wird, wenn es gelingt, die offiziellen Lebensmittelrationen bis zur Grenze des Normalverbrauches zu erhöhen, wird auch die Nachfrage nach gewerblichen Konsumgütern stärker steigen, wobei, auf lange Sicht gesehen, auch der vorkriegsmäßige Verbrauch keine obere Grenze für die mögliche Ausweitung der Nachfrage darstellt, vor allem wenn der Zustand der Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden kann.

Die Nachfrage nach den einzelnen Waren wird weiters auch von den *relativen Preisen* und von den kurzfristigen Preiserwartungen beeinflusst. Je nach der Preiselastizität der Nachfrage wirken sich allerdings Preissenkungen bei einzelnen Waren sehr verschieden auf ihren Absatz aus. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Preiselastizität der Nachfrage vielfach von jener in einer normalen Friedenswirtschaft stark abweicht. So dürfte zum Beispiel der Umsatzrückgang bei gewerblichen Erzeugnissen nach dem Währungsschutzgesetz unter anderem auch darauf zurückzuführen sein, daß die stark sinkenden Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel einen er-

höhten Nahrungsmittelverbrauch zu Lasten des Konsums gewerblicher Erzeugnisse angeregt haben. Das bedeutet, daß die Preiselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln zur Zeit größer als eins ist, während der Nahrungsmittelbedarf in normalen Zeiten weitgehend preisunelastisch ist.

Schließlich ist noch der Einfluß von Änderungen in der *Verteilung des Volkseinkommens* auf die Nachfrage zu erwähnen. Dabei können sowohl Änderungen in der Schichtung der Einkommen als auch Einkommensverschiebungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine Rolle spielen. So wird vor allem die kürzlich erfolgte Erhöhung der offiziellen Agrarpreise die Nachfragestruktur nachhaltig beeinflussen, selbst wenn sich hierdurch nicht das Gesamteinkommen der Landwirtschaft, sondern nur die Verteilung der Einkommen auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe ändern würde¹⁾.

Alle diese Veränderungen der Nachfrage treten auch in normalen Friedenszeiten auf. Sie sind jedoch in der gegenwärtigen Übergangsperiode, in der noch alles in Fluß ist und die Wirtschaft erst in einem komplizierten Anpassungsprozeß einem neuen *produktionswirtschaftlichen Gleichgewicht* zustrebt, besonders stark ausgeprägt. Eine unrichtige Ein-

¹⁾ Siehe S. 253 ff.: „Zur Lösung des Agrarpreisproblems.“

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 264—265

Kennzeichnend für die Währungssituation im Juni war das weitere Ansteigen des *Notenumlaufes*, der Ende Juni mit 4.475 Mill. S bereits um 1 Mrd. S über dem Stand vom 23. Jänner 1948 lag. Zur Zeit bestehen noch keine Anzeichen für eine baldige Stabilisierung des Geldumlaufes²⁾. Gleichzeitig mit dem Notenumlauf erhöhten sich die freien Verbindlichkeiten der Nationalbank um rund 4 Mill. S, so daß der Gesamtumlauf (Noten plus freie Giroverbindlichkeiten) um 214 Mill. S zugenommen hat. Dagegen haben die zeitweilig gesperrten Verbindlichkeiten der Nationalbank um 308 Mill. S abgenommen, da in der ersten Juniwoche 328 Mill. S gesperrter Guthaben der Kreditinstitute freigegeben wurden²⁾, während die Sperr-

²⁾ Bis 15. Juli nahm der Notenumlauf um weitere 23 Mill. S zu, obwohl der Geldbedarf um die Monatsmitte in der Regel zurückgeht.

²⁾ Die gesperrten Nationalbankguthaben wurden freigegeben, damit die Kreditinstitute eventuellen Abhebungen von Sozialbedürftigen von ihren rückgebuchten Sperrkonten entsprechen können. Die Deblockierung stand daher nicht —

schätzung der zukünftigen Nachfrageentwicklung könnte bedeutende Fehlinvestitionen zur Folge haben, die ihrerseits wieder zu falschen Erwartungen in anderen Wirtschaftszweigen Anlaß geben und damit den gesamten Wirtschaftsablauf in eine Richtung drängen, die früher oder später zwangsläufig zu krisenhaften Rückschlägen führen muß.

Die Ungewißheit über die zukünftige Entwicklung und Nachfrage wirft vor allem bei der Durchführung des Marshall-Planes eine Reihe schwieriger Probleme auf, da zwischen den Anforderungen und dem Eintreffen der Waren in Österreich regelmäßig ein größerer Zeitraum liegt, währenddessen bedeutende Verschiebungen der Nachfrage eintreten können. Die Zurückhaltung vieler Unternehmer bei der Übernahme von Marshall-Plan-Lieferungen ist nicht zuletzt auf diese Unsicherheit über die zukünftigen Preis- und Nachfrageveränderungen zurückzuführen, die mit Rücksicht auf die langen Lieferfristen mehrere Monate vorausgesehen werden müßten. Im Interesse einer möglichst reibungslosen Entfaltung der österreichischen Wirtschaft wäre daher besonders wichtig, daß die Starrheit des Warensortiments im Rahmen der Marshall-Plan-Lieferungen gelockert wird und daß die Zusammensetzung der Einfuhr möglichst kurzfristig an die jeweils gegebenen Bedürfnisse der österreichischen Wirtschaft angepaßt werden kann.

guthaben öffentlicher Stellen nur um 20 Mill. S zunahmen.

Auf der Aktivseite ist die Abnahme der eskontierten Bundesschatzscheine um rund 100 Mill. S hervorzuheben. Die Bundesschatzscheine wurden von den Kreditinstituten übernommen, deren Barreserven sich durch die oben erwähnte Freigabe ihrer Sperrguthaben bei der Nationalbank vorübergehend erhöht hatten.

Nach einem leichten Rückgang im Vormonat sind die *Einlagen der Kreditinstitute* im Mai wieder um 194 Mill. S gestiegen. Davon entfallen 46 Mill. S auf Spareinlagen und 148 Mill. S auf Scheckeinlagen. Die Zunahme der Spareinlagen hat sich in den letzten Monaten verlangsamt; während im März noch 144 Mill. S und im April 65 Mill. S neue Spareinlagen entstanden, betrug die Zunahme im Mai nur noch 46 Mill. S. Davon entfällt jedoch nur ein Teil auf echte Spareinlagen. Der über-

wie im letzten Bericht angenommen wurde — in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der am 10. Juli erfolgten Freigabe der ersten Hälfte der zeitweise gesperrten Sperr- und Scheckeinlagen.

wiegende Teil dürfte auf Rückbuchungen zugunsten sozialbedürftiger Personen zurückzuführen sein.

Die in den letzten Berichten wiederholt vertretene Ansicht, daß die Ausweitung des Geldvolumens in erster Linie auf eine beträchtliche Kreditausweitung der Kreditinstitute zurückzuführen sein dürfte, wird durch die erstmalig seit dem Währungsschutzgesetz veröffentlichte *Kreditstatistik* bestätigt. Der Gesamtstand der bei den Kreditinstituten aushaftenden Kredite lag Ende März mit 2.641 Mill. S um rund 495 Mill. S (rund 23%) über dem Stand von 31. Dezember 1947 (2.146 Mill. S) und um 448 Mill. S über dem Höchststand vor der Währungsreform (2.193 Mill. S am 30. September 1947). Die Ausweitung des Kreditvolumens im ersten Quartal 1948 übertraf die durchschnittliche Zuwachsrate vor der Währungsreform um mehr als das Fünffache (in der Zeit vom 30. Juni 1946 bis 30. September 1947 erhöhten sich die aushaftenden Kredite um rund 94 Mill. S pro Quartal). Die starke Zunahme der aushaftenden Kredite ist auf den großen Kreditbedarf der Wirtschaft zurückzuführen, deren frei verfügbare liquide Mittel durch das Währungsschutzgesetz stark vermindert wurden. Die Kreditinstitute konnten jedoch den erhöhten Kreditbedarf im wesentlichen ohne Unterstützung der Notenbank decken, da sie selbst nach dem Währungsschutzgesetz äußerst liquid waren.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 266—268

Die *Nettotariflöhne* haben sich für Juli infolge der Erhöhung der Steuerfreibeträge von 305,1 auf 307,9 (April 1945 = 100) erhöht. Auch die *Nettoverdienste* zeigen weiterhin eine leicht ansteigende Tendenz, die auf die in den letzten Monatsberichten bereits mehrfach erwähnten Ursachen, wie Übergang zum Stücklohn, Überstunden usw., zurückzuführen sein dürfte.

Die *Preisentwicklung* auf den schwarzen und freien Märkten war in der Berichtszeit uneinheitlich. Die „schwarzen“ Devisenkurse, die bereits im Mai leicht angezogen haben, stiegen im Juni um weitere 12%. Auch bei den Versteigerungen im Wiener Börsemarkt hat bereits eine Tendenzumkehr eingesetzt. Der Index der Versteigerungspreise, der bis Juni ständig zurückging, hat sich von Mitte Juni bis Mitte Juli erstmalig um 1,5% erhöht. Demgegenüber blieben die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise unverändert, während bei Genußmitteln die sinkende Preistendenz noch anhielt (der Preisindex für Genußmittel sank von 690 auf 600).

Auf dem Gebiet der offiziellen Preise ist vor

allem die Neuregelung der Agrarpreise hervorzuheben¹⁾. Danach wurden die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Schlachtvieh um etwa 70—80% erhöht. Diese Erhöhung der Agrarpreise wirkt sich jedoch — abgesehen von einer Erhöhung der Fleischpreise für Familieneinkommen über 1.000 S — nicht auf die Konsumenten aus, da die Differenz zwischen alten und neuen Erzeugerpreisen durch staatliche Subventionen gedeckt wird. Auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sind in der Berichtszeit einige weitere Preise gesenkt worden, so vor allem in der Baustoffindustrie (Zement, Sand, Basalt, Schotter, Betonrohre, Rohrgewebe, Mauer- und Dachziegel), in der Magnesitindustrie, in der Eisen- und Metallindustrie (Küchengeräte, Haushaltsgeräte und Werkzeuge) und teilweise auch bei Gebrauchsmöbeln, Fahr- und Motorrädern sowie bei Büroartikeln. Außerdem wurden die Preise einiger Textilien sowie die Schuhpreise gesenkt. Für die Landwirtschaft von Bedeutung sind ferner Preisermäßigungen für Schaufeln, Sensen und Sicheln, Pflanzenschutzmittel und Düngekalk. Die Preisherabsetzungen bewegen sich bei diesen Artikeln im allgemeinen zwischen 5 und 20% (durchschnittlich 10%) der bisherigen Verbraucherpreise.

Der *Lebenshaltungskostenindex* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema sank von Mitte Juni bis Mitte Juli um 1% und liegt mit 302,9 (März 1938 = 100) bereits um 9,4 Punkte unter dem Höchststand vom März d. J. (312,3). Der leichte Rückgang im Juli ist auf Preissenkungen für Wein sowie — saisonbedingt — für Obst und Gemüse, ferner auf Preisermäßigungen bei Schuhen zurückzuführen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 269

In der 42. Versorgungsperiode konnten trotz Erhöhung des Kaloriensatzes auf 1800 Kalorien 30% des Kalorienbedarfes aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion gedeckt werden, gegenüber 28% in der letzten Versorgungsperiode. Die erhöhte Eigenaufbringung war in erster Linie der übersaisonnmäßig starken Zunahme der Marktleistung bei Milch und Eiern zu verdanken. Dadurch konnte der gegenüber der Vorperiode auf das Vierfache gestiegene Nahrungsmittelbedarf zu 34% (gegenüber 47% in der Vorperiode) aus heimischen Nahrungsmitteln gedeckt werden. Trotz reichlichen amerikanischen Lieferungen von Haferflocken, Soja- und Maismehl und der Verwendung importierter

¹⁾ Siehe hierzu: „Zur Lösung des Agrarpreisproblems“, S. 253 ff.

Fischkonserven als Nahrungsmittelsatz waren zu Beginn der Versorgungsperiode noch 11% der Nahrungsmittelration oder 1,5% des gesamten Kalorienbedarfes ungedeckt; es bestand jedoch die Hoffnung, die Kalorienbilanz im Laufe der Periode durch Zuckerimporte ausgleichen zu können.

Das Zusammentreffen der saisonbedingten Leistungssteigerung mit der erhöhten Lieferfreudigkeit als Folge der Milchprämien ließ im Mai die seit Kriegsende besten Marktleistungen der österreichischen Milchwirtschaft erzielen. Mit einer Ablieferung von 1,38 kg je Kuh und Tag wurde um 15% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres und um 30% mehr als im Vormonat abgeliefert. Das Kontingent dieses Monats wurde um 15% überbeliefert. Gemessen an der vorkriegsinäßigen Marktleistung war jedoch die Ablieferung noch äußerst bescheiden (etwa 43% des Durchschnitts von 1937).

Als Folge der höheren Milchablieferung wurde auch mehr Butter, Käse und Topfen produziert. So stieg die Marktproduktion gegenüber dem Vormonat bei Butter um 58%, bei Käse um 81%, und bei Topfen um 136%. (Im Vergleich zum Mai des Vorjahres wurde um 7% mehr Butter, um 13% mehr Käse und um 63% mehr Topfen erzeugt.)

Landwirtschaft

Von Mitte Juni bis in die zweite Hälfte des Monats Juli wurde Mitteleuropa von Meereskaltluft (Sommermonsum) überströmt, die Österreich übernormale Niederschläge bei niedrigen Temperaturen brachte. Dadurch verlangsamte sich der Reife-prozeß beim Getreide und die Körner konnten sich voll ausbilden. Die — arbeitsmäßig gesehen — ungünstige Wetterlage erschwerte zwar den Getreideschnitt und behinderte auch gebietsweise den Maschineneinsatz (Roggen und teilweise auch Gerste neigten zur Lagerung), doch konnten die Erntearbeiten dank der bei den einzelnen Getreidearten langsamer als sonst aufeinanderfolgenden Schnittreife fast überall rechtzeitig durchgeführt werden. Während der Getreideschnitt in den typischen Getreidebaugebieten Österreichs bei normalem Wetterverlauf (trockener und heißer Sommer) innerhalb von vierzehn Tagen beendet war, nahm er heuer drei bis vier Wochen in Anspruch. Der mengenmäßige Ernterfolg ist auf Grund der ersten Druschergebnisse gut, doch dürfte die Qualität des Mehles (Backfähigkeit), bedingt durch das feuchte Reife- und Erntewetter, nicht so gut sein wie in Jahren mit heißem und trockenem Sommer.

Die bereits einsetzende Frühkartoffelernte ist mengen- und qualitätsmäßig mittelgut, die mittel-

späten und späten Sorten zeigen reichlichen Knollenansatz. An einzelnen Orten Österreichs konnten zwar Kartoffelkäfer festgestellt werden, die nur sporadisch auftretenden Herde wurden jedoch sofort wirksam bekämpft. Die wenigen von Schädlingen nicht befallenen Zuckerrübenschläge haben einen günstigen Wachstumsstand, dagegen sind die zwei- und dreimal nachgebauten Rübenfelder in der Entwicklung weit zurückgeblieben und lassen nur relativ geringe Erträge erwarten. Der zweite Kleeschnitt ist reichlich, auch Wiesen und Weiden stehen gut. Vorübergehend ergaben sich durch Schneefall Schwierigkeiten bei der Alpung des Viehes. Insbesondere aus Tirol wurden Notschlachtungen und Rückgänge in der Milchablieferung gemeldet. Die Schäden dürften jedoch im ganzen gesehen nicht sehr bedeutend gewesen sein. Mit der Besserung des Wetters dürften die Milchproduktion und auch der Fleischzuwachs rasch wieder steigen.

Der Mangel an Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen, die zum überwiegenden Teil aus Deutschland stammten, erwies sich bisher als ein ernstes Hindernis für die landwirtschaftliche Produktion. Viele Landwirte hatten zwar relativ moderne Maschinen, konnten sie aber nicht oder nicht voll einsetzen, da wichtige Ersatzteile nicht beschaffbar waren. Diesem Mangel soll nun durch die Einfuhr von Ersatzteilen aus der deutschen Bi-Zone (für 20.000 Dollar) und aus der französischen Zone Deutschlands (im Rahmen eines Kompensationsgeschäftes) abgeholfen werden.

Obwohl die Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung 1948 noch nicht vorliegen, lassen einzelne vorläufige Teilergebnisse einen weiteren, nicht unbeträchtlichen Rückgang der statistisch erfaßten Acker- und Getreideanbauflächen erwarten. Dieser Rückgang ist jedoch zweifellos zum überwiegenden Teil nur darauf zurückzuführen, daß die Anbauflächen zu niedrig angegeben werden. Die Tendenz zu niedrigeren Flächenangaben wird vor allem durch die Art der Erfassung (Kontingentierung statt Totalablieferung) begünstigt, aber auch die bisherigen unzureichenden Agrarpreise trugen zu den unrichtigen Angaben bei. Auf Grund der zu niedrigen Brotgetreideanbauflächen wird es schwierig sein, die Kontingente gerecht auf die einzelnen Betriebe umzulegen, da die ermittelten Erntemengen selbst bei Annahme relativ günstiger Hektarerträge vielfach zu gering sein werden, den Eigenbedarf der Landwirtschaft und die Ablieferungskontingente voll zu decken. Der „Rückgang“ der Anbauflächen wird daher durch eine stärkere Hektarbelastung ausgeglichen werden müssen, wobei jene Landwirte, die

einen Teil ihrer Anbauflächen verschleiert haben, viel zu günstig abschneiden, während andere ihr Kontingent nicht erfüllen werden können. Da die neuen Brotgetreidepreise je nach dem Grad der Erfüllung der Ablieferungsvorschrift gestaffelt sind, wird sich eine ungerechte Kontingentfestsetzung besonders empfindlich auf den Betriebserfolg auswirken. Die Ortsaufbringungsausschüsse werden daher ihr besonderes Augenmerk darauf richten müssen, schematische und ungerechte Vorschriften zu vermeiden. So wird bei der Vorschrift nicht nur der unterschiedliche Wachstumsstand der einzelnen Felder und die Anzahl der in den Betrieben zu verköstigenden Personen zu berücksichtigen sein, sondern es wird auch abzuschätzen sein, ob die Größe der mit Brotgetreide bebauten Flächen mit den Angaben der einzelnen Produzenten übereinstimmen.

Energieversorgung

Dazu statistische Übersichten S. 270—271

Nach dem vorübergehenden Rückgang der Kohlenversorgung im Mai hat im Juni sowohl die inländische Kohlenförderung als auch die Kohleneinfuhr wieder stark zugenommen. Da auch in den ersten Wochen des Juni relativ hohe Kohlenlieferungen aus dem Ausland eintrafen, dürfte für die nächste Zeit eine ausreichende Kohlenversorgung gesichert sein. Selbst eine vorübergehende Kürzung der Kohleneinfuhr würde die industrielle Produktion nicht mehr entscheidend stören, da viele Betriebe bereits ansehnliche Kohlenvorräte angesammelt haben. Auch die Dampfkraftwerke haben bereits mit der Bildung von größeren Kohlenreserven für den Winter begonnen. Dank der günstigeren Versorgung — bei einzelnen Kohlenarten wie z. B. bei Feinkohle besteht derzeit bereits ein Überangebot — können bei der Kohlenzuteilung immer mehr die Wünsche der Verbraucher nach bestimmten Kohlenarten berücksichtigt werden. Dadurch wird die Kohle bedeutend rationeller verwertet als etwa im Vorjahr, wo die Verbraucher vielfach qualitativ nicht entsprechende Kohle verwenden mußten.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Juni 532.000 t Kohle zur Verfügung, das sind um fast 30% mehr als im Jahre 1937. Die Kohleneinfuhr war in diesem Monat um nahezu 50% größer als im Durchschnitt des Jahres 1937. Der größte Teil der eingeführten Steinkohle (fast 60%) kam aus Deutschland, 25% aus Polen und 15% aus der CSR. Auch von den Braunkohlen- und Kokslieferungen stammen mehr als die Hälfte aus Deutschland, der Rest aus der CSR, Ungarn und Jugoslawien.

Kohlenversorgung Österreichs

	Inland	Ausland in t	Insgesamt
1937 Ø	137.519	275.016	412.535
1946 Ø	90.320	182.071	272.391
1947 Ø	111.905	241.673	353.578
1948 Juni	121.861	410.525	532.386

Die Stromerzeugung erreichte im Juni mit 370 Mill. kWh (davon 359 Mill. kWh aus Wasserkraften) den höchsten Stand seit Kriegsende. Auch die Ausfuhr mit 133 Mill. kWh und der Verbrauch im Inland mit 276 Mill. kWh waren größer als im Verlauf der letzten drei Jahre.

Stromerzeugung und Verbrauch

	Erzeugung	Ausfuhr in Mill. kWh	Einfuhr in Mill. kWh	Verbrauch
1946 Juni	261	95	1	166
1947 Juni	321	95	1	220
1948 Juni	370	133	45	276

Bis zum Spätherbst dürfte eine ausreichende Stromversorgung gesichert sein. Die Lage in den Wintermonaten wird in erster Linie vom Winterwetter abhängen. Bei einem strengen Winter muß neuerlich mit fühlbaren Beschränkungen des Stromverbrauches gerechnet werden, da die kalorischen Werke selbst bei ausreichender Kohlenversorgung einen übermäßigen Rückgang der Wasserkraftstromerzeugung nicht ausgleichen können.

Gewerbliche Produktion

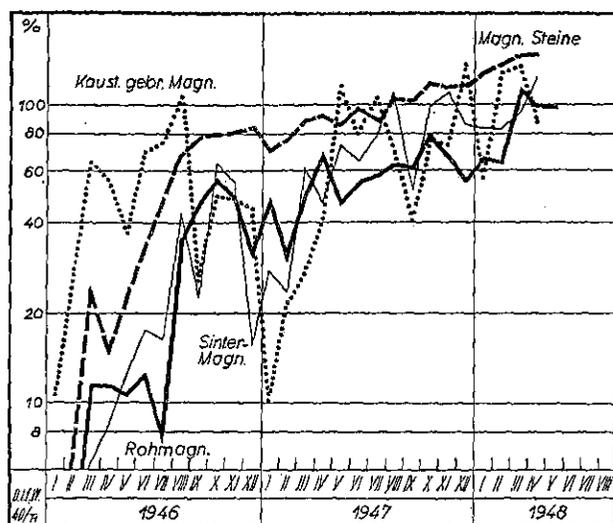
Dazu statistische Übersichten S. 272—274

Der leichte Produktionsrückgang in einzelnen Industriezweigen im Mai, der hauptsächlich auf die geringe Zahl der Arbeitstage (es gab neun Sonn- und Feiertage) zurückzuführen war, konnte im Juni wieder aufgeholt werden. Einige Industriezweige, darunter vor allem die Schwerindustrie, haben im Juni neue Höchstleistungen erreicht.

Die Geldknappheit hat nur in wenigen Zweigen zu ernsteren Absatzstockungen geführt, so vor allem bei Luxusgütern und Waren, bei denen die Konsumenten noch größere Preissenkungen erwarten. Außerdem geht in manchen Zweigen, wie z. B. in der Fahrzeugindustrie und in der Elektroindustrie, der Umsatz bestimmter Erzeugnisse zurück, da der aufgestaute Bedarf bereits befriedigt ist und die laufende Produktion die laufende Nachfrage übersteigt.

Die vereinzelte Freisetzung von Arbeitskräften hat sich bisher günstig auf die Entwicklung der Produktivität ausgewirkt. Fast alle Zweige, die noch vor kurzem unter starkem Mangel an Arbeitskräften litten, verfügen nun über ein ausreichendes Angebot, auch an Facharbeitern.

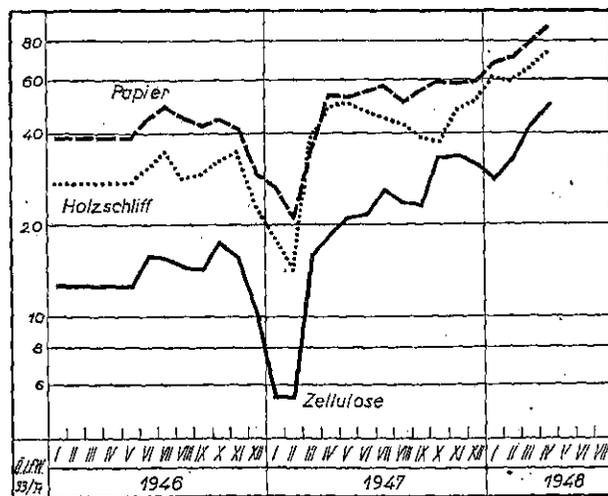
Abb. 1. Produktion der Magnesitindustrie
(Log. Maßstab; ϕ 1937 = 100)



Die Produktion der Magnesitindustrie hat in den letzten Monaten in allen Zweigen die Vorkriegsleistung erreicht und zum Teil sogar beträchtlich überschritten. Auch die Förderung von Rohmagnesit, die bisher am stärksten zurückgeblieben war, erreichte in den letzten drei Monaten das Niveau von 1937.

Die günstige allgemeine Produktionsentwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere in den Konsumgüterindustrien noch entscheidende Engpässe bestehen, die einer raschen Produktionsausweitung ziemlich enge Grenzen setzen. So bestehen vor allem in der Leder- und Textilindustrie noch Rohstoffschwierigkeiten, die

Abb. 2. Produktion der Papierindustrie
(Log. Maßstab; ϕ 1937 = 100)



Die Produktion der Papierindustrie hat seit der Jahreswende 1947/48 stark zugenommen. Die Papiererzeugung erreichte im April bereits 88% von 1937, die Holzschliff-erzeugung rund 74%, während die Zelluloseerzeugung nur knapp 50% von 1937 betrug.

erst allmählich durch Lieferungen aus dem Marshall-Plan erleichtert werden können. Kurzfristig ist allerdings kaum eine fühlbare Besserung der Inlandsversorgung mit Textilien zu erwarten, da bis zum Eintreffen der ersten, im übrigen keineswegs umfangreichen Baumwolllieferungen noch längere Zeit verstreichen wird.

Der vom Institut neu berechnete Index der industriellen Produktion ist im Mai trotz einzelner Produktionsausfälle weiter gestiegen und erreichte 90,25% (April 85,72%) des Jahres 1937. Der Index der Produktionsmittelindustrien hält nun bei 125,02 (April = 120,11), der Index der Konsumgüterindustrien bei 62,00 (April = 57,72). Da der Beschäftigungsindex weniger stark gestiegen ist (von 132 im April auf 134 im Mai) erhöhte sich die Produktivität von 65 im April auf 68 im Mai (1937 = 100). Sie liegt damit um 16% über dem Stand vom Jahresanfang und um 22% über dem Stand vom Mai 1947.

Für Juni kann nach den bereits vorliegenden Teilziffern einiger Industriezweige mit einem weiteren Ansteigen des Produktionsindex gerechnet werden. Besonders die eisenerzeugende Industrie hat im Juni eine Rekordleistung erzielt. Die Roheisenerzeugung stieg auf 171%, die Rohstahlerzeugung auf 109% und die Walzwarenerzeugung auf 98% von 1937. Ebenso ist die Aluminiumerzeugung weiter gestiegen und betrug im Juni das Sechseinhalbfache des Durchschnittes von 1937.

Erzeugung der eisenschaffenden Industrie

	Roheisen	Rohstahl in t	Walzwaren
1937 ϕ	32.427	54.143	35.604
1947 Juni	19.168	28.612	17.483
1948 Mai	49.229	42.424	27.530
Juni	55.329	59.221	34.981
Juni 1948 in % (ϕ 1937 = 100)	171,30	109,38	98,25

Von dem größten Teil der übrigen Industrien liegen nur die Produktionsergebnisse für Mai vor, die im Bergbau, in der Magnesit-, der Fahrzeug- und der Papierindustrie etwas unter, in der Eisen-, Metall-, Leder-, Baustoff- und chemischen Industrie aber zum Teil beträchtlich über den Aprilwerten liegen.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 275

Die Gesamtumsätze im Kleinhandel sind im Mai weiter gefallen. Umsatzsteigerungen in einzelnen Branchen lassen jedoch darauf schließen, daß der Tiefpunkt der Absatzkrise bereits überwunden ist.

So sind zwar die Umsätze von Nahrungs- und Genußmitteln gegenüber April um weitere 8% und in der Gruppe Sonstige Branchen um 4% gefallen, dafür stiegen die Umsätze in Textilien und Schuhen; in der Schuhindustrie (um 20%) hauptsächlich infolge einer Belebung des Schuhgeschäftes nach Beendigung des Streiks. In einer schwierigen Situation befindet sich nach wie vor der Buchhandel, der durch die Geldknappheit einen dauernden Umsatzrückgang erlitten hat. Auch in bester Ausführung finden neu verlegte Bücher sehr guter Autoren derzeit keinen Absatz auf dem Inlandsmarkt. Ein Ausweg aus der Krise des Buchhandels könnte nur von einer starken Zunahme des Exports erwartet werden, der durch die Freigabe eines Teiles des Devisenerlöses einen Auftrieb erfahren wird. In einzelnen Branchen, insbesondere im Möbelhandel, versucht man durch Einführung des Ratengeschäftes die Umsätze zu beleben. Auch im Radio-, Textil- und Bekleidungshandel sind ähnliche Bestrebungen im Gange. Infolge der reichlicheren Belieferung der Märkte mit Obst und Gemüse (im Juni stiegen die Zufuhren nach Wien bei Gemüse um 86%¹⁾ und bei Obst um mehr als 300%) sind die Umsätze im Obst- und Grünwarenkleinhandel beachtlich gestiegen. Auch der Milchkleinhandel belebte sich infolge der erhöhten Anlieferung von Magermilch.

Von der Umschichtung der Nachfrage zugunsten lebenswichtiger Güter wurden vor allem die Vergnügungsbetriebe betroffen. Insbesondere der Theaterbesuch in Wien ging nach der Währungsreform stark zurück, so daß eine Reihe von Bühnen in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Die Zahl der in den Wienern Theatern verkauften Plätze ging vom letzten Quartal 1947 bis zum April 1948 um 31%¹⁾, die Einnahmen der Theater von Dezember bis April um 48%¹⁾ zurück. Der stärkere Rückgang der Einnahmen läßt darauf schließen, daß neben dem absoluten Rückgang der Theaterbesuche auch eine Verlagerung der Nachfrage zugunsten der

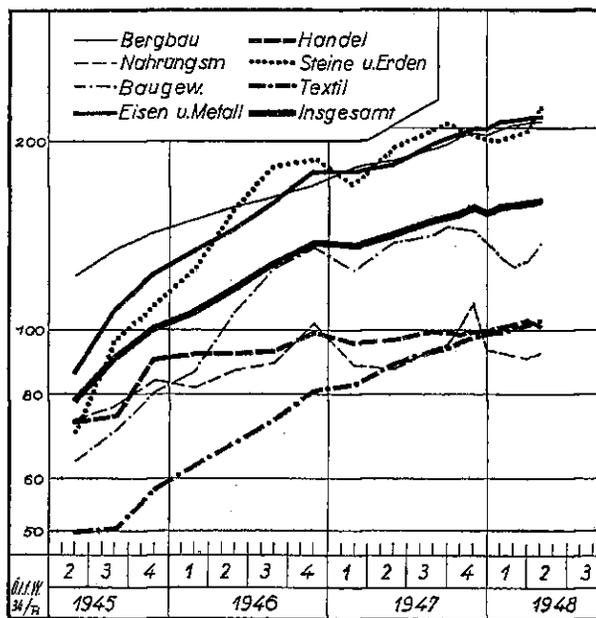
billigeren Plätze stattgefunden hat. Die Kinos dagegen waren in den ersten vier Monaten des Jahres 1948 besser besucht als im Dezember 1947. Erst im Mai gingen auch die Kinoeinnahmen saisonbedingt zurück.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 276—277

Die Zahl der krankenversicherten Arbeiter und Angestellten hat sich im Mai etwas erhöht und lag mit 1,881.600 nur knapp unter dem Höchststand des Vorjahres. Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden wieder etwas gestiegen. Das läßt darauf schließen, daß sich das Angebot an Arbeitskräften durch den Zustrom neuer Arbeitssuchender erhöht hat. Besonders auffallend ist die gleichzeitige Erhöhung des Beschäftigtenstandes und der Zahl der offenen Stellen in Wien. Obwohl der Beschäftigtenstand in der Hauptstadt im Gegensatz zu den Bundesländern bedeutend höher ist als in irgendeinem Monat des Vorjahres, nimmt die Zahl der Stellensuchenden seit Februar ständig zu. Im Mai gab es bereits um 3.715 mehr

Abb. 3. Entwicklung des Beschäftigtenstandes in repräsentativen Betrieben Österreichs¹⁾
(Log. Maßstab; März 1934 = 100)



Der Beschäftigtenstand ging nach dem November zurück, setzte aber im Februar seine Aufwärtsbewegung fort. Dies gilt insbesondere für jene Industriezweige, wie Steine und Erden, Eisen und Metall und Textilien, in denen die Beschäftigung schon vor der Währungsreform stark angestiegen war. Nur die Beschäftigung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und im Baugewerbe ist zum Teil saisonmäßig zurückgegangen.

1) Nach der Statistik der Wiener Arbeiterkammer.

Entwicklung der Kino- und Theaterumsätze in Wien¹⁾

	Kino	Theater
	Dezember 1947 = 100	
1948 Jänner	104	70
Februar	111	37
März	105	97 ²⁾
April	108	52
Mai	74	40

1) Auf Grund der Vergnügungssteuervorschreibungen der Gemeinde Wien.

2) Erhöhte Theaterbesuche infolge der Osterfeiertage.

3) Berechnet nach einer Statistik der verkauften Theaterplätze in den Wiener Privattheatern.

Stellensuchende als im Jänner d. J., obwohl in den Bundesländern die Zahl der Stellensuchenden in der gleichen Zeit von 36.864 auf 30.411 zurückging. Die Abnahme erstreckte sich insbesondere auf Niederösterreich, Oberösterreich, die Steiermark und das Burgenland, die im Mai weniger Stellensuchende aufzuweisen hatten als vor der Währungsreform im Dezember. In den übrigen Bundesländern hingegen war die Zahl der Stellensuchenden höher als im Dezember und zum Teil sogar höher als im Jänner.

Vorgemerkte Stellensuchende nach Bundesländern¹⁾

Bundesland	1947	1948			
	Dez.	Jänner Stand am Monatsende	März	Mai	Juni
Wien . . .	10.985	13.229	12.042	16.944	19.474
Nied.-Öst. .	9.369	11.644	10.921	9.333	9.588
Burgenld. .	910	1.599	1.878	901	686
Ob.-Öst. . .	5.929	7.770	6.208	5.802	5.570
Salzburg .	1.200	1.297	1.225	1.316	1.237
Steiermk. .	7.937	9.480	9.243	7.178	6.752
Kärnten . .	1.852	2.451	2.772	3.054	3.168
Tirol . . .	1.434	1.659	1.587	1.788	1.722
Vorarlberg	825	964	831	1.039	792
Insgesamt	40.450	50.093	46.697	47.355	48.989

¹⁾ Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter.

Diese gegensätzliche Entwicklung dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß sich in Wien Arbeitslose und zusätzlich freie Arbeitskräfte rascher beim Arbeitsamt melden als in den ländlichen Gegenden, wo während der Sommermonate vielfach die Gelegenheit besteht, Verwandten und Bekannten bei der Landarbeit zu helfen. Berücksichtigt man

Entwicklung einiger wichtiger Wirtschaftszweige Wiens¹⁾

Wirtschaftszweig	1945	1946	1947		1948
	Dez.	Dez.	Juni	Dez.	März
Insgesamt ²⁾	223'5	327'3	330'6	317'1	326'2
<i>darunter:</i>					
Eisen- und Metall- warenerzeugung .	12'5	17'6	18'6	17'6	17'6
Maschinenindustrie .	20'3	36'8	38'0	37'5	39'3
Chemische Industrie	6'2	9'9	9'6	9'6	9'9
Elektrotechnische Industrie	3'6	5'7	5'6	5'3	5'6
Textilindustrie . . .	5'1	8'0	8'3	9'0	9'5
Papierindustrie . . .	3'1	5'0	5'0	5'1	5'2
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie . .	13'4	15'1	14'5	13'2	15'2
Bekleidungs-gewerbe	16'9	23'2	24'2	23'2	20'4
Baugewerbe	24'6	39'6	39'9	39'6	39'1
Gaststätten	8'6	10'1	10'4	9'2	10'0
Hauswirtschaft . . .	16'0	14'7	14'2	14'9	16'7 ³⁾

¹⁾ Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse.

²⁾ Ohne Heimarbeiter, Rentner, Lehrlinge.

³⁾ Provisorische Ziffern.

jedoch, daß sich die Abnahme der Zahl der Stellensuchenden auf die vier Wien am nächsten liegenden Bundesländer beschränkt, so liegt der Schluß nahe, daß eine Wanderung von Arbeitskräften aus den Bundesländern nach Wien vorliegt, das als Zentrum der österreichischen Industrie wieder eine größere Anziehungskraft auf die Arbeitsuchenden ausübt.

Über die Auswirkung der Währungsreform auf die berufliche Gliederung gibt eine Statistik der Wiener krankenversicherten Arbeiter Aufschluß, die — bisher nur halbjährig durchgeführt — zum erstenmal auch für den Monat März erhoben wurde. Danach waren im März mit 326.236 Personen¹⁾ mehr versichert als im Dezember (317.051), aber etwas weniger als im Juni 1947 (330.622). In den einzelnen, nach 39 Wirtschaftszweigen gegliederten Berufen ergeben sich keine starken Verschiebungen. Im allgemeinen hielten die Tendenzen an, die vor der Währungsreform hervortraten. So nahm die Beschäftigung in der Maschinenindustrie und in der feinmechanischen und optischen Industrie, die seit Kriegsende stark gestiegen ist, weiter zu. Das gleiche gilt für die Papier- und die Textilindustrie, die sowohl ihre absolute als auch ihre relative Stellung verbessern konnten. Stärkere Veränderungen ergaben sich unter den wichtigsten Wirtschaftszweigen nur im Baugewerbe und insbesondere im Bekleidungs-gewerbe, deren Beschäftigtenstand in den ersten drei Monaten d. J. zurückging. Die Zahl der beschäftigten Hausgehilfinnen hat sprunghaft zugenommen.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 278—279

Die Leistungen der Bundesbahnen blieben im Monat Mai mit insgesamt 535'9 Mill. Nutzlast-Tonnen-Kilometer etwas unter dem Stand des Vormonats (543'5 Mill.). Der leichte Rückgang ist auf einen verminderten Güterverkehr zurückzuführen. Demgegenüber erhöhte sich der Personenverkehr sprunghaft. Die Zahl der verkauften Fahrkarten stieg von 5'5 Mill. Stück auf 7'4 Mill. Stück und erreichte damit fast den monatlichen Höchststand des Vorjahres. Die Erhöhung des Personenverkehrs dürfte auf die große Zahl der Feiertage im Mai zurückzuführen sein, die sich vor allem in einer stärkeren Belegung des Nahverkehrs auswirkte.

Die seit Mitte 1947 zu beobachtende Abnahme im Transitverkehr setzte sich, von einer kurzen Unterbrechung im Monat März abgesehen, auch im

¹⁾ Die Gesamtzahl dürfte noch einige Änderungen erfahren, da für Hausgehilfinnen und Hausbesorger nur provisorische Ziffern ermittelt wurden.

April weiter fort. Die Verkehrsleistung lag im April mit 185.000 Nettotonnen um 18.400 t unter dem Durchschnitt des vergangenen Jahres. Besonders auffallend ist der scharfe Rückgang des italienisch-polnischen Durchgangsverkehrs. Aber auch die Transporte zwischen der Schweiz einerseits und der CSR und Polen andererseits verminderten sich in den letzten Monaten beträchtlich. Besonders gefährdet ist der verkehrsgeographisch ungünstige Verkehr Schweiz—CSR—Polen, da nach den zur Zeit geltenden Tarifsätzen die Frachtrate pro Tonne durch Deutschland um 9 Franken billiger ist als durch Österreich. Einer weiteren Abwanderung des Transitverkehrs von den österreichischen Strecken könnte durch eine differenzierte Tarifpolitik begegnet werden. Sollten sich diese Maßnahmen als unzureichend erweisen, wäre unter Umständen eine Abwertung des Schillings im Transitverkehr zu erwägen.

Entwicklung des österreichischen Transitverkehrs¹⁾

Zeit	Insgesamt	Nach den wichtigsten Herkunfts- und Bestimmungsländern ²⁾				
		Italien-Polen	Italien-CSR	Polen-Schweiz	Schweiz-CSR	Ungarn
Beförderte Transit-Güter in 1000 t ³⁾						
1947						
II. Quart.	238.2	40.2	37.9	49.0	35.2	12.7
Indexzahlen (II. Quartal 1947 = 100)						
1947						
I. Quart.	72.0	63.7	80.2	81.2	133.8	48.0
II. "	100	100	100	100	100	100
III. "	88.5	56.5	65.2	101.8	106.3	55.9
IV. "	89.5	2.1	100.0	99.6	92.0	65.4
1948						
I. Quart.	86.4	1.0	71.2	66.7	83.5	41.7
April	77.7	—	127.9	23.7	84.0	48.8

1) Transitverkehr der Österreichischen Bundesbahnen.
 2) Verkehr in beiden Richtungen.
 3) 1000 Netto-Tonnen.

Eine gewisse Belebung des Transitverkehrs ist durch die geplante Errichtung von Freihandelszonen zu erwarten. Der am 22. Februar 1948 von beiden Regierungsparteien im Nationalrat eingebrachte Initiativantrag zur Errichtung von Zollfrei-gebieten in Wien, Linz, Innsbruck und Villach ist jedoch in dieser Parlamentsperiode nicht mehr verabschiedet worden. Der Hauptteil des zollfreien Lagerumschlages würde aus wirtschaftlichen und verkehrsgeographischen Gründen zweifellos auf Wien entfallen. Zunächst sind jedoch die Pläne in den anderen drei Städten weiter fortgeschritten. Von den dort gegründeten Freihandelszonen-Gesellschaften wurde zusammen mit den Gemeinde- und Landesstellen der Aufbau der in Frage kommenden Zollausschlußgebiete weitgehend beendet, so daß

praktisch nur noch das Fehlen der gesetzlichen Entscheidung der Eröffnung dieser Freihandelszonen entgegensteht.

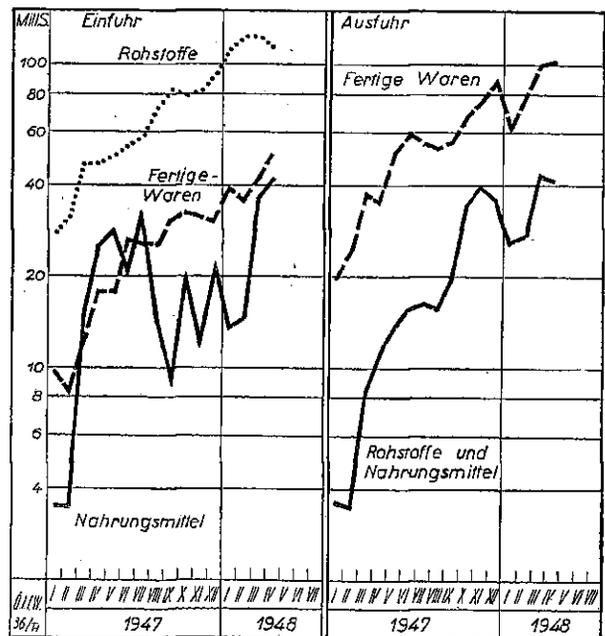
Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 280

Der österreichische Außenhandel entwickelt sich weiter günstig. Die Ausfuhr stieg von 141.9 Mill. S im März auf 144.5 Mill. S im April und erreichte im Mai mit 163.5 Mill. S den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Da gleichzeitig die Einfuhr von 206.6 Mill. S im April auf 178.8 Mill. S im Mai zurückging, verminderte sich der Einfuhrüberschuß der statistisch erfaßten Handelsbilanz auf 15.3 Mill. S.

Die ständige und in diesem Ausmaß unerwartete Zunahme der Ausfuhr dürfte nicht zuletzt auf das größere Entgegenkommen bei der Überlassung von Devisenfreiquoten aus Exportgeschäften zurückzuführen sein, durch das praktisch ein System doppelter Wechselkurse — eines niedrigen offiziellen Kurses für den ablieferungspflichtigen Teil des Devisenerlöses und eines bedeutend höheren für den frei verwertbaren Teil — entstanden ist. Da auch bei Kom-

Abb. 4. Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen (Log. Maßstab; absolute Werte in Mill. S)



Die Ausfuhr hat sich von ihrem Rückschlag im Jänner rasch wieder erholt. Dank der Bemühungen, die Ausfuhr von Rohstoffen allmählich durch die Ausfuhr von Fertigwaren zu ersetzen, ist vor allem die Ausfuhr von Fertigwaren stark gestiegen und überschritt bereits im April die 100-Mill.-Schilling-Grenze. Auf der Einfuhrseite ist die bedeutende Zunahme der kommerziellen Nahrungsmitelein-fuhren hervorzuheben, die infolge saisonbedingter Obst- und Gemüseeinfuhren mehr als das Doppelte der niedrigen Einfuhren im zweiten Halbjahre 1947 erreichten.

pensionsgeschäften das reale Austauschverhältnis im allgemeinen ungünstiger ist, als es dem Verhältnis der Preise der ausgetauschten Waren entspricht (umgerechnet zum offiziellen Wechselkurs), ist die Abwertung des Schillings bei einem Großteil der Außenhandelsgeschäfte bereits eine vollzogene Tatsache.

Die Ausweitung des österreichischen Außenhandels erstreckt sich auf fast alle Staaten, insbesondere jedoch auf jene Länder, mit denen bisher Handelsverträge abgeschlossen wurden. Eine Ausnahme bildet lediglich die Schweiz, deren Anteil an der österreichischen Ausfuhr von 36,4% im Jahre 1946 auf 18,7% im Zeitraum Jänner bis Mai 1948 zurückgegangen ist, aber noch immer das Fünffache des Jahres 1937 beträgt. Der Rückgang des Außenhandelsanteils der Schweiz entspricht jedoch durchaus einer natürlichen Anpassung, da der Anteil der Schweiz im Jahre 1946 durch die besonderen Umstände bei Kriegsende außerordentlich hoch war und sich mit der Rückkehr zu normalen Handelsbeziehungen zwangsläufig verringern muß. Verfolgt man den Außenhandel mit den übrigen acht Staaten, mit denen Österreich bis Ende 1947 Clearing- und Kompensationsverträge abgeschlossen hat¹⁾, so zeigt sich, daß sich ihr Anteil an Österreichs Ausfuhr

¹⁾ Bulgarien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Polen, Ungarn.

von 28,6% im Jahre 1946 auf 36,6%, in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres vergrößert hat. Ihr Ausfuhranteil ist allerdings noch immer geringer als im Jahre 1937 (40,6%). Die Ursache hierfür liegt zum Teil im Rückgang des Außenhandels mit den europäischen Oststaaten und zum Teil in der erhöhten Bedeutung der Schweiz und Großbritanniens (mit denen ein Zahlungsabkommen besteht) als Handelspartner. Die steigende Tendenz der Ausfuhr nach den Vertragsländern gibt berechtigte Hoffnungen auf die weitere Entwicklung des Außenhandels, da sich die Zahl der Vertragspartner seit Beginn des Jahres um Schweden und Belgien vermehrt hat und weitere Verträge mit der Tschechoslowakei, Westdeutschland, der Türkei und Großbritannien in absehbarer Zeit zu erwarten sind. Es wird allerdings noch einer intensiven und langwierigen handelspolitischen Tätigkeit bedürfen, bis das weitverzweigte Netz von Handelsverträgen wieder geknüpft wird, das Österreich vor dem Krieg mit 32 Staaten verbunden hatte.

*Perzentueller Anteil der Handelsvertragspartner
(Clearing- und Kompensationsabkommen bis Ende 1947)
an Österreichs Ausfuhr*

	mit Schweiz	ohne Schweiz		mit Schweiz	ohne Schweiz
1937	45,7	40,6	1947	59,1	33,9
1946	65,0	28,6	1948 (I.—V.)	55,3	36,6